

Martin Welling

„Wie ein böser Spuk“

Düsseldorfer Juden in Krieg und Revolution 1914–1920

Der Erste Weltkrieg und die folgenden Jahre waren ein Zeitalter der Wende. Die umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise berührte auch die Situation der in Deutschland lebenden Juden. Hatte der Krieg anfangs noch zu einer Konsolidierung der bestehenden politischen und sozialen Ordnung beigetragen, so führte er in seiner Endphase unter dem Druck der mobilisierten Massen zu ihrer Verunsicherung und letztlich zum Zusammenbruch. Der Eindruck, in einer Zeit tief greifender Veränderungen und revolutionärer Prozesse zu leben, war unter den Verlierern, namentlich unter den Deutschen, allgegenwärtig.¹ Im Folgenden soll untersucht werden, auf welche Weise die vielfältigen Auswirkungen des Krieges, die Destabilisierung der ökonomischen und sozialen Strukturen, die Radikalisierung der politischen Verhältnisse und besonders die Zuwanderung von Flüchtlingen und Arbeitsuchenden, die Lebensverhältnisse der Düsseldorfer Juden beeinflussten. Dabei soll die Haltung der nicht-jüdischen Umwelt ebenso wie die Selbstwahrnehmung und der Bewusstseinswandel der Juden berücksichtigt werden. Die vorliegende Untersuchung stellt nicht die Gesamtheit jüdischen Lebens in Düsseldorf dar. Das ist aufgrund der Quellenlage nicht möglich und auch nicht Ziel der Arbeit. Als „Düsseldorfer Juden“ werden namentlich die während des Krieges eintreffenden ostjüdischen Immigranten sowie die Mitglieder der ansässigen Synagogengemeinde betrachtet. Die Mehrheit der allgemein uninteressierten oder teilnahmslosen jüdischen Bürger hat kaum historische Spuren hinterlassen und ist somit nicht fassbar. Trotzdem soll versucht werden, auf der Grundlage vorhandenen Materials die kriegsbedingten Veränderungen im deutsch-jüdischen Verhältnis und die Krise der jüdischen Identität² nachzuvollziehen. Die Studie stützt sich vor allem auf Akten und Korrespondenzen der lokalen Behörden, auf die veröffentlichte Meinung und Kommentare von Angehörigen des Düsseldorfer Synagogenbezirks und seiner Umgebung.

Die Bedeutung von Krieg und Revolution für die Düsseldorfer jüdische Gesellschaft zu studieren, ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Exemplarisch lässt sich hier der geistige Wandel eines traditionell bürgerlich-liberalen Gemeinwesens nachvollziehen, das seit den 1860er-Jahren in einem noch weitgehend agrarisch geprägten Umland eine rasche Entwicklung von der Residenz- und Verwaltungsstadt zum prosperierenden Industriestandort durchlaufen hatte. Bereits während des Krieges setzte eine starke politische Polarisierung ein, die von einer um sich greifenden Brutalisierung des zivilen Lebens begleitet wurde.³ Antisemitische und fremden-

¹ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Der Erste Weltkrieg und die Krise Europas, in: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges, hg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Frankfurt am Main 1996, S. 30–52, hier: S. 39.

² Michael A. Meyer, Jüdische Identität in der Moderne, Frankfurt am Main 1992, S. 12.

³ Vgl. Peter Hüttenberger, Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Band 3: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert), Düsseldorf 1989, S. 233.

feindliche Einstellungen, die in Düsseldorf vor 1914 lediglich eine marginale Rolle gespielt hatten, wurden zu einem festen Bestandteil öffentlicher Agitation. Diese Folgen berührten unmittelbar die jüdische Gesellschaft, die zum großen Teil vollständig assimiliert dem selbstbewussten Düsseldorfer Mittelstand angehörte. Die meisten Juden der Stadt empfanden ihr Judentum bis zum Kriegsausbruch nicht als problematisch. Das änderte sich erst durch das Erscheinen gezielter antijüdischer Propaganda und eines in Rheinland-Westfalen beschäftigten ostjüdischen Proletariats, von dem es sich zu distanzieren galt. Der Einfluss, den die durch den Krieg bewirkten Veränderungen sowohl der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch der innerjüdischen Verhältnisse auf das gesamte jüdische Leben hatten, lässt sich besonders deutlich am Beispiel Düsseldorfs aufzeigen.

Der Kriegsausbruch markierte für Düsseldorf den Beginn einer lang andauernden Krisenzeit, die die Stadt besonders hart traf. Das erfolgsverwöhnte Besitzbürgertum, das sich während des nahezu ununterbrochenen industriellen Aufschwungs seit der Reichsgründung herausgebildet hatte, sah die Ergebnisse seines Aufstiegs in Frage gestellt. Während der ersten Kriegsmonate allerdings wurden weite Teile des Düsseldorfer Bürgertums von der nationalen Begeisterungswelle erfasst und trugen zumindest nach außen ihre Siegesgewissheit zur Schau.⁴ Auch die Juden zögerten nicht, ihre patriotische Gesinnung zu demonstrieren. Ihnen galt der freiwillige Kriegseinsatz für das Vaterland als Bewährungschance und Gelegenheit, den Eintritt in die deutsche Gesellschaft unwiderruflich und endgültig zu vollziehen. Tatsächlich waren antisemitische Tendenzen nach der Deklaration des „Burgfriedens“ rückläufig,⁵ was zusätzlich die euphorische Stimmung innerhalb aller Teile der jüdischen Öffentlichkeit verstärkte. Die jüdische Wirtschaftselite, die freilich den Maximalforderungen eines „Siegfriedens“ skeptisch gegenüberstand, sagte ebenso ihre Unterstützung zu wie die Vertreter der Orthodoxie. Der Essener Rabbiner Salomon Samuel erklärte: „Der Gott, der sich der Väter Abraham, Isaak und Jakob nicht geschämt hat, ist noch der alte Gott (...). Deutschland hat sich unter seinen Schutz gestellt – und stellen dürfen; darum, oh Deutschland, wirst du siegen.“⁶

Dass die Düsseldorfer Gemeinde, die nach Köln das bedeutendste jüdische Zentrum in Rheinland-Westfalen darstellte, durch die Erschütterungen des Krieges nachhaltig verändert werden würde, war im Sommer 1914 nicht absehbar. Sie galt als relativ wohlhabend und personell überdurchschnittlich gut ausgestattet. Das Düsseldorfer Rabbinat, das auf nachdrückliche Empfehlung seines Vorgängers Leo Baeck von Rabbiner Max Eschelbacher wahrgenommen wurde, gehörte zu den attraktiven und begehrten Stellungen in Deutschland.⁷ Eschelbacher war nicht nur eine bedeutende und gefragte Autorität auf dem Gebiet der rabbinischen Rechtsprechung, sondern auch ein bemühter Vermittler und scharfsinniger politischer Kommentator. Der Düsseldorfer Gemeinde, die sich fest in die liberale Gesellschaft der Stadt eingefügt hatte, waren ideologische Auseinandersetzungen bis dahin nahezu erspart geblieben.

⁴ Ebd., S. 227.

⁵ Vgl. Moshe Zimmermann, *Die deutschen Juden 1914–1945*, München 1997, S. 2.

⁶ Zit. nach: Yvonne Rieker, Michael Zimmermann, Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid, in: *Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen*, hg. von Michael Zimmermann, Köln 1998, S. 141–259, hier: S. 193f.

⁷ Vgl. Falk Wiesemann, Rabbiner Max Eschelbacher und der Novemberpogrom in Düsseldorf, in: Max Eschelbacher, *Der zehnte November 1938*, Essen 1998.

Zionistische und sozialistische Bewegungen waren ebenso erfolglos gewesen wie die Vorstöße der strengen Orthodoxie. Der Austausch zwischen der Gemeinde und der intellektuellen und wirtschaftlichen Elite funktionierte reibungslos. Ihre Angehörigen wie der Medizinprofessor Arthur Schlossmann, der – nach vollzogener Konversion – zum Führer der Düsseldorfer DDP avancieren sollte, standen einer liberalen, von ansässigen Honoratioren vertretenen Politik nahe. Die aktiven Mitglieder gehörten überwiegend dem Mittelstand an. Ihre soziale Zusammensetzung spiegelte die allgemeine wirtschaftliche und soziale Struktur der Düsseldorfer jüdischen Gesellschaft wider. In Handel und Gewerbe stellten jüdische Erwerbstätige über acht Prozent, unter den selbstständig Gewerbetreibenden betrug ihr Anteil sieben Prozent. Auch in den freien Berufen waren sie, gemessen an ihrer Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, mit neun Prozent überrepräsentiert.⁸

Die vorherrschenden beruflichen Orientierungen garantierten der Mehrzahl der Juden zwar eine gesicherte Existenz, sie konnten aber angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels und des wachsenden Konkurrenzdrucks seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zum Problem werden. Als Reaktion auf die in der Krisenzeit der „Großen Depression“ erfolgreiche antisemitische Propaganda wurde in Düsseldorf im Jahre 1880 der „Verein zur Verbreitung des Handwerks unter den Juden“ gegründet, der eine durchgreifende Berufsumschichtung zum Ziel hatte. Dieselbe Absicht verfolgte der 1913 ins Leben gerufene „Verein selbstständiger jüdischer Handwerker und verwandter Betriebe“, der beweisen wollte, „dass der jüd. Handwerker mit dazu berufen ist, das Märchen vom nicht arbeiten wollenden Juden zu widerlegen.“⁹ Eine nachhaltige Veränderung der Berufsstruktur in Düsseldorf erreichten die Einrichtungen nicht, es fehlte ihnen eine breite Unterstützung in der jüdischen Öffentlichkeit. Die ökonomisch motivierten Anfeindungen des Umfeldes konnten vor 1914 die politische und gesellschaftliche Identität der Juden nicht ernsthaft beschädigen, die Stabilität der Gemeinde nicht erschüttern.

Zwischen 1880 und 1910 hatte sich die Zahl der in Düsseldorf lebenden Juden besonders durch Zuwanderung aus ländlichen Gegenden und aus Osteuropa auf ungefähr viertausend Personen vervierfacht, deren Mehrheit danach strebte, dem deutschen Bildungsbürgertum anzugehören,¹⁰ also Vertreter einer großstädtischen, bürgerlichen Sittlichkeit und eines speziellen Sozialethos und Bildungsideals zu werden. Die erste assimilierte Generation, die die Aneignung des Ehrenkodex und der traditionellen humanistischen Werte vollzogen hatte, war überzeugt gewesen, damit dauerhaft den Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft sichern zu können. Daher musste man die Übernahme der Ideale für die folgenden Generationen verbindlich machen, zum Mittler zwischen Bürgertum und Judentum werden.¹¹ Auch die Düsseldorfer Juden nutzten zu diesem Zweck die Institutionen der Akkulturation wie Gymnasien und Lyzeen, Theater und Opernhaus.

⁸ Avraham Barkai, Jüdische Minderheit und Industrialisierung, Tübingen 1988, S. 122.

⁹ Zit. nach: Frank Sparing, Juden in der Düsseldorfer Wirtschaft, in: Aspekte jüdischen Lebens in Düsseldorf und am Niederrhein, hg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Redaktion: Angela Genger und Kerstin Giese, Düsseldorf 1997, S. 166–175, hier: S. 169.

¹⁰ Vgl. Angela Genger, Juden in Düsseldorf. Eine Einführung, in: Aspekte jüdischen Lebens, a.a.O., S. 6-23, hier: S. 8.

¹¹ Shulamit Volkov, Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994, S. 13.

Die vor 1914 aus Osteuropa eingewanderten Juden brachten es – wie die Familie des Arztes und Zionisten Adolf Sindler – zu einem gewissen Wohlstand und verfolgten zielstrebig den sozialen Aufstieg der zweiten Generation.¹²

In dem Jahrzehnt vor 1914 hatte sich die Düsseldorfer Gemeinde als selbstbewusste und gefestigte Glaubensgemeinschaft gezeigt. Im Jahre 1904 war an der Kasernenstraße eine großzügige Synagoge im neuromanischen Stil errichtet worden, mit Orgel und gemischtem Chor.¹³ Diesen Ritus lehnten die „Gesetzestreuen“ ab, sie engagierten sich jedoch vergeblich gegen die Neuerungen. Es spricht für die Stabilität der Gemeinde, dass ein Bruch vorerst vermieden wurde und die Protestierenden als „Israelische Religionsgesellschaft“ im Rahmen der herkömmlichen Gemeindestruktur ihren Gottesdienst auf traditionelle Weise feiern konnten. Während des Krieges zeigte sich allerdings, dass die liberale Haltung des Vorstandes keine feste Grundlage für die Lösung der heraufziehenden Konflikte war. Ostjüdische Masseneinwanderung und sich vertiefende religiöse und politische Gegensätze sollten den Bestand der Gemeinde ernsthaft bedrohen.

Die Ankunft ostjüdischer Arbeiter in Deutschland veränderte innerhalb und außerhalb der jüdischen Gesellschaft grundlegend die Einstellung zum Judentum. Die Entdeckung dieser unbekannten Welt weckte Bewunderung und Befürchtungen. „Wir hatten keine Ahnung, dass es dicht vor unserer Tür so etwas gibt“, schrieben die „Süddeutschen Monatshefte“ im Februar 1916.¹⁴ Die deutsche assimilierte Judenheit war in ihrer Beurteilung der Ostjuden gespalten. Einerseits fürchtete man, ihr Auftreten könne judenfeindliche Klischees scheinbar bestätigen und den Antisemiten eine willkommene Angriffsfläche bieten. Andererseits sahen viele in ihnen Vertreter eines Judentums, das man, wie Max Eschelbacher schrieb, in diesem „ursprünglichen Zustand“ studieren solle, um sich „ein Urteil über Lebensfragen (...) des Judentums überhaupt bilden“ zu können.¹⁵ Die deprimierenden Erfahrungen an der Front, das Scheitern des „Burgfriedens“ und der aufkeimende Antisemitismus ließen seit dem ersten Höhepunkt antijüdischer Demonstrationen, seit der „Judenzählung“ von 1916,¹⁶ immer mehr den Wunsch nach einer Akzentuierung der jüdischen Identität entstehen.¹⁷ Die Ostjuden wurden daher erstmals zum Gegenstand eines breiten Interesses, schienen sie doch als Repräsentanten eines unverfälschten Judentums einen Ausweg aus dem gängigen Schema der Assimilation und eine Alternative zur brüchigen deutsch-jüdischen Symbiose anbieten zu können. Sie wurden vorübergehend zu einem Leitbild namentlich der Zionisten, deren Darstellungen ostjüdischen Lebens sich zum Teil stark von der Realität unterschieden. Die Entstehung eines idealisierten Ostjudenbildes bewirkte eine Zerlegung der jüdischen Identität in positive und

¹² Vgl. Falk Wiesemann, Adolf Sindler (1899 – 1965): Kinderarzt und aktiver Zionist in Düsseldorf und Haifa, in: Vertreibung jüdischer Künstler und Wissenschaftler aus Düsseldorf 1933 – 1945, hg. von Kurt Düwell u.a., Düsseldorf 1998, S. 207 – 225, hier: S. 209.

¹³ Vgl. Barbara Suchy, Juden in Düsseldorf. Ein geschichtlicher Überblick von den Anfängen bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1989, S. 37.

¹⁴ Zit. nach: Eva G. Reichmann, Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916 – 1923, hg. von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, S. 511 – 612, hier: S. 537.

¹⁵ Max Eschelbacher, Ostjüdische Proletarier in Deutschland, in: Der Jude, Bd. 3, 1918/1919, S. 512 – 523, hier: S. 512.

¹⁶ Vg. Stephen Magill, Defense and Introspection. The First World War as a Pivotal Crisis in the German Jewish Experience, Ann Arbor 1977, S. 283.

¹⁷ Rieker, Zimmermann, a.a.O., S. 195.

negative Elemente. Der assimilierten Anpassung wurde eine originäre Vitalität entgegengestellt.¹⁸ Im alltäglichen Umgang jedoch schuf die soziale Rückständigkeit der Immigranten zwischen Ostjuden und ansässigen jüdischen Bürgern einen unüberwindbaren Graben, der den theoretisch diskutierten Austausch zwischen Ost und West in der Regel verhinderte.

Ostjüdische Zuwanderung hatte es in Düsseldorf bereits vor 1914 gegeben. Im Jahre 1910 waren hier 569 ausländische Juden registriert worden, die zum großen Teil aus Osteuropa, vor allem aus dem österreichischen Galizien und dem Zarenreich stammten.¹⁹ Die meisten der zwei Millionen Immigranten, die vor dem Krieg in Familienverbänden Mitteleuropa durchwanderten, betrachteten Deutschland als Übergangsstation auf ihrer Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika. Gleichwohl war Deutschland für sie in sprachlich-kultureller, aber auch wirtschaftlicher Hinsicht anziehend. Namentlich das rheinisch-westfälische Industriegebiet bot ihnen Arbeitsmöglichkeiten in der Schwerindustrie. Die Gründe ihrer Auswanderung aus Osteuropa waren die seit den 1880er-Jahren immer häufiger auftretenden Epidemien, Hungerkatastrophen, Diskriminierungen und Pogrome, denen sie auf dem Land oder in den Siedlungen schutzlos ausgeliefert waren.²⁰ Die Düsseldorfer Behörden hatten der kleinen Gruppe ostjüdischer Zuwanderer schon vor 1914 große Aufmerksamkeit gewidmet. Das Verhältnis war von antijüdischen Vorurteilen und Schikanierungen geprägt. Der Verdacht, dass sich die Ostjuden hauptsächlich in kriminellem Schiebergeschäft und unproduktiven Händlerberufen betätigten,²¹ kommt sowohl im Schriftwechsel zwischen Regierungspräsident und Polizeiverwaltung als auch in Beschwerden von Düsseldorfer Geschäftsleuten über die „Galizischen Schwindler“ immer wieder zum Ausdruck.²² Die Anträge ostjüdischer Arbeiter auf einen Berufswechsel zeigen jedoch, dass die meisten von ihnen beabsichtigten, in den Bereichen Industrie und Handwerk zu verbleiben.²³ Antisemitische Klischees verstellten den Behörden häufig den Blick für die Bedürfnisse und Notlagen der Arbeiter. Das Zerrbild vom osteuropäischen Juden förderte besonders während des Krieges das Wiederaufleben des Antisemitismus und transportierte den Verdacht, dass im Prinzip alle Juden Profitmacher seien, die sich bereicherten, während die anständigen Deutschen ihr Leben an der Front opferten.²⁴ Bis dahin kaum erkennbare judenfeindliche Ressentiments wurden in ungeahnter Verbreitung offensichtlich und durch die Berichte über Fronterlebnisse deutscher Soldaten erheblich vertieft.²⁵ Vielen Juden wurde bewusst, dass von deutscher

¹⁸ Vgl. Sander L. Gilman, Jüdischer Selbsthaß. Antisemitismus und die verborgene Sprache der Juden, Frankfurt am Main 1993, S. 191.

¹⁹ Jack Wertheimer, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York/Oxford 1987, S. 11f.

²⁰ Vgl. Ludger Heid, Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914 – 1923, Hilfshesheim, Zürich, New York 1995, S. 56.

²¹ Vgl. Steven E. Aschheim, Eastern Jews, German Jews and Germany's Ostpolitik in the First World War, in: Leo Baeck Institute Yearbook, Bd. 28, 1983, S. 351 – 365, hier: S. 353.

²² Frank Sparng, Ostjuden in Düsseldorf. Vom Beginn der Immigration bis zur „Polenaktion“ 1938, in: Düsseldorfer Jahrbuch, Bd. 71, S. 187 – 234, hier: S. 191.

²³ Vgl. Heid, Maloche, a.a.O., S. 420.

²⁴ Saul Friedländer, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, a.a.O., S. 27 – 65, hier: S. 35

²⁵ Steven E. Aschheim, Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness 1800 – 1923, Madison 1982, S. 143.

Seite aus „die deutsch-jüdische Assimilation niemals als eine Aufforderung zur völligen Gemeinsamkeit, gar Brüderlichkeit verstanden worden“ war.²⁶

„Ostjude“ war ein schillernder Begriff, der seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Verwendung fand.²⁷ Die Behörden bedienten sich parallel der Ausdrücke „Galizianer“ oder „russisch-polnischer Jude“. Diese Begriffe dienten nicht nur dazu, die geographische Heimat der Ankömmlinge zu bestimmen, sondern sie als Ausländer, als Außenstehende zu kennzeichnen. Die Bezeichnung „Ostjude“, die keineswegs ausschließlich von Nicht-Juden benutzt wurde, führte noch eine weitere Konnotation mit sich. Ostjuden galten in bürgerlichen Kreisen als das Gegenbild des zivilisierten Westeuropäers und wurden als unsittlich, laut und schmutzig angesehen. Ihre Sprache erschien als verfälschtes Deutsch und somit als Beweis, dass die Segnungen westlicher Kultur unter ihnen nur als verzerrtes Abbild existierten.²⁸ Wer als Ostjude bezeichnet wurde, sollte in der Regel herabgesetzt werden.²⁹ Große Teile des assimilierten jüdischen Bürgertums legten Wert auf die Unterteilung in west- und osteuropäische Juden. Die fremden Glaubensgenossen aus Osteuropa, die sich durch die Bewahrung der religiösen Orthodoxie, zum Teil aber auch durch die Annahme anti-religiöser, sozialistischer Tendenzen, die Zugehörigkeit zur Unterschicht sowie eine hohe Geburtenrate auszeichneten, weckten in den Ansässigen auf unangenehme Weise die Erinnerung an überwunden geglaubte Phasen der Assimilation. Noch im Jahre 1925 kritisierte der Essener Rabbiner Salomon Samuel die ostjüdische Kultur und ihre deutlichste Ausformung, den jiddischen „Jargon“. Sie erinnere ihn an „Kerkerhaft, an Judenhut und Judenfleck.“³⁰

Sowohl von den Behörden als auch von den Gemeinden konnten die Ostjuden kein großes Entgegenkommen erwarten. Die meisten Mitglieder der Glaubensgemeinschaften hatten die wenigen Ostjuden, die bereits vor 1914 in der Stadt weilten, lediglich als Arme und Objekte der Mildtätigkeit betrachtet. Das änderte sich nach dem Kriegsausbruch, als Tausende von ihnen nach Rheinland-Westfalen gelangten und sich im deutsch-jüdischen Bürgertum die Angst um die Errungenschaften der Emanzipation vergrößerte. Die Erinnerungen eines Essener Juden beschreiben exemplarisch das oft gespannte Verhältnis zwischen Assimilierten und Immigranten: „Mein Vater und nicht nur er, wohl unser ganzer Bekanntenkreis, schaute auf die Ostjuden herab. (...) Außerdem hieß es bei mir zu Hause: (...) Wir werden bei den Deutschen absolut als Deutsche akzeptiert, wir sind ja schon jahrhundertlang hier.“³¹ Die betont antibürgerliche Haltung vieler Ostjuden, die häufig der „Poale-Zion“- Bewegung oder dem „Bund“ angehörten,³² stand einer Annäherung zwischen Ost und West zusätzlich im Wege. Sie verzögerte auf Dauer die Entstehung einer innerjüdischen Solidarität, die angesichts des kriegsbedingten Antisemitismus notwendig gewesen wäre. Die Immigration nach 1914 unterschied sich deutlich von vorangegangenen Einwanderungswellen.

²⁶ Hans Mayer, Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt am Main 1994, S. 436

²⁷ Vgl. Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland, 1918-1933, Hamburg 1986, S. 12.

²⁸ Vgl. Sander Gilman, The Rediscovery of the Eastern Jews: German Jews in the East, 1890-1918, in: Jews and Germans from 1860 to 1933. The Problematic Symbiosis, hg. von David Bronsen, Heidelberg 1979, S. 338–365, hier: S. 339.

²⁹ Vgl. Norbert Elias, Über sich selbst, Frankfurt am Main 1990, S. 28.

³⁰ Zit. nach: Rieker, Zimmermann, a.a.O., S. 204.

³¹ Zit. nach: Ebd.

³² Vgl. Eschelbacher, Ostjüdische Proletarier in Deutschland, a.a.O., S. 518.

Die nach dem Kriegsausbruch in Rheinland-Westfalen eingetroffenen ostjüdischen Arbeiter gliederten sich in zwei verschiedene Teile. Sie waren entweder Kriegs- und Zivilgefangene, die im Verlauf der Kampfhandlungen interniert und nach Deutschland verbracht worden waren, oder ungelerte Arbeiter, die den bedrückenden Verhältnissen im österreichischen Galizien oder russischen Ansiedlungsrayon entfliehen wollten und die weitaus größere Gruppe darstellten. Der enorme Bedarf an Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft veranlasste die Behörden, Arbeiter aller Art aus den okkupierten Gebieten zu rekrutieren. Viele der von der ökonomischen Depression betroffenen „Luftmenschen“ sahen in den Anwerbungen eine günstige Gelegenheit, ihre Angehörigen vor Hunger und Tod bewahren und obendrein den vom deutschen Militär brutal durchgeführten Aushebungen zur Zwangsarbeit entgehen zu können. Im Gegensatz zur Familienwanderung der Vorkriegszeit handelte es sich nach 1914 um eine gezielt betriebene Immigration einzelner. Die halbamtliche „deutsche Arbeiterzentrale“ mit Sitz in Warschau, die bereits vor dem Krieg landwirtschaftliche Saisonarbeiter nach Deutschland vermittelt hatte, handelte die Verträge aus. Bei der Unterzeichnung übersahen jedoch die meisten Juden eine lediglich in deutscher Sprache verfasste Zusatzklausel, die bestimmte, dass ihr Aufenthalt zunächst für sechs Monate, „wenigstens aber für die Dauer des Krieges“ gelte.³³ Auf reichsdeutschem Boden angelangt, hatten Arbeiter, die aufgrund der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen ihren Vertrag nach sechs Monaten kündigten wollten, keine Möglichkeit mehr, gegen die vorsätzliche Täuschung der Behörden zu klagen. Gewerkschaften und jüdische Organisationen wagten bis 1917 nicht, als Interessenvertretungen „feindlicher Ausländer“ aufzutreten, deren Rechtlosigkeit die Betriebe nach Möglichkeit ausnutzten.

Genaue statistische Angaben über den Gesamtumfang ostjüdischer Immigration nach Deutschland sowie den Zuzug nach Rheinland-Westfalen existieren nicht. Diese Tatsache ist erstaunlich, bedenkt man, dass die ostjüdische Zuwanderung bis in die Mitte der Zwanzigerjahre erregt diskutiert wurde und die Kontrahenten sich auf statistische Erhebungen zu stützen versuchten.³⁴ Die Schätzungen basieren auf der Auswertung lückenhaften Materials lokaler Behörden und jüdischer Einrichtungen. Nach Ansicht Werner Fraustädters, der als Leiter des Anfang 1918 gegründeten Duisburger „Jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes“ zumindest von der amtlich erfassten Zu- und Abwanderung der Arbeiter einen Eindruck hatte, betrug die Anzahl der von 1914 bis einschließlich 1920 in Düsseldorf eingetroffenen ostjüdischen Arbeiter zwischen 500 und 850,³⁵ wobei ihre Familienangehörigen und die bereits vor dem Krieg in der Stadt ansässigen Juden aus Osteuropa nicht mitgezählt wurden. Mehrheitlich wurden sie im Großraum Duisburg und im restlichen Ruhrgebiet eingesetzt, wohin während des Krieges ungefähr 16.000 Ostjuden einwanderten.³⁶ Genauere Zahlen existieren erst für den Zeitraum der Zwanzigerjahre, als sich die Bedingungen durch eine erneute ostjüdische Massenflucht zwischen 1918 und 1920, durch Demobilmachung und politische Veränderungen in Osteuropa radikal gewandelt hatten.

³³ Zit. nach: Salomon Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880 – 1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 39.

³⁴ Vgl. Heid, Maloche, a.a.O., S. 61.

³⁵ Vgl. Werner Fraustädter, Die ostjüdische Arbeitereinwanderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. rer. pol., Frankfurt am Main 1921, S. 66.

³⁶ Vgl. Ludger Heid, „Mehr Intelligenz als körperliche Kraft“. Zur Sozialgeschichte ostjüdischer Proletarier an Rhein und Ruhr 1914 – 1923, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Bd. 15, 1986, S. 337 – 362, hier: S. 339.

Die in Düsseldorf beschäftigten Ostjuden waren von Beginn an Repressionen und Vorurteilen ausgesetzt. So äußerte der Düsseldorfer Regierungspräsident Bedenken gegenüber der in Polen tätigen Arbeitsvermittlung, weil er die Immigranten wegen ihrer „mangelnden körperlichen Tauglichkeit“ für schwere Arbeiten in der Montanindustrie für ungeeignet hielt.³⁷ Die Erfordernisse der Kriegswirtschaft konnten auf derartige, zum großen Teil aus antijüdischem Resentiment gespeiste Einwände keine Rücksicht nehmen. Die Zulassung ostjüdischer Arbeiter wurde immer mehr ausgeweitet. Das Berliner Innenministerium wies die Polizei- und Regierungspräsidenten im September 1917 an, sie in kriegswichtigen Betrieben aller Art zu beschäftigen. Allerdings sollte weiterhin Wert „auf die Auswahl gesunder, kräftiger und sittlich einwandfreier Leute“ gelegt werden.³⁸ Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben waren der Erhaltung der geforderten Tugenden nicht gerade zuträglich. Rabbiner Eschelbacher, der als Gemeindeoberhaupt ein nahezu singuläres soziales Engagement entwickelte und die Hilfsinitiativen leitete, beschrieb die vorgefundenen Lebensumstände, die sich kaum von denen Kriegsgefangener unterschieden: „Bei uns hatten sie zunächst gar keine Freizügigkeit, und später nur eine geringe. Sie durften ihre Arbeitsstätte nicht verlassen und mussten weiterdienen, als ihr Vertrag abgelaufen war. Gefängnis bis zu einem Jahre drohte seit Dezember 1915 dem, der seine Arbeitsstätte verließ, ohne sich abzumelden. (...) Die Fabriken hatten Schuppen erstellt, wo die Männer zusammen mit anderen, polnischen Arbeitern zu einem recht hohen Verpflegungspreis untergebracht waren. Massenquartiere waren eingerichtet (...). Jede Behaglichkeit fehlte.“³⁹

Die elenden Umstände in den Lagern, die mangelnde Hygiene und Versorgung sowie die Behandlung während der Arbeitszeit führten zu zahlreichen Vertragsbrüchen und Desertionen. Hinzu kam, dass die meisten unqualifizierte Arbeiter waren, die kaum angelernt wurden, aber mit andauernder Schikanierung zu kämpfen hatten. Die wenigsten konnten in der Anfangsphase ihr Arbeitspensum erfüllen. Die Düsseldorfer Polizeiverwaltung, die für die Überwachung „feindlicher Ausländer“ zuständig war, kam Mitte 1915 zu dem Schluss, „dass sowohl Behörden wie Arbeitgeber mit den russisch-polnischen Arbeitern, unter denen sich, wie gemeldet, außerordentlich viele Juden befinden, nicht überall die besten Erfahrungen machen werden.“⁴⁰

Ungeachtet dieser Einschätzung kamen Firmen wie die „Düsseldorfer Röhren“, die „Phönix AG“, die „Oeking AG“ oder „Rheinmetall“ gerne auf das Angebot der Verwaltung zurück, bei kriegsbedingten personellen Engpässen auszuholzen. Seit Mitte 1915 konnten die Firmenleitungen beim Regierungspräsidenten ostjüdische Arbeiter regelrecht bestellen. Für deren Anwerbung und Unterbringung wurde das Vorgehen der „Friedrich Krupp Aktiengesellschaft“ aus Essen zum Maßstab. Sie hatte im Juni 1915 vergeblich versucht, den Ausfall von Facharbeitern durch die Rekrutierung Kriegsgefangener auszugleichen. Notgedrungen bat sie den Regierungspräsidenten, „in unserem hiesigen Hüttenbetriebe 1000 Arbeiter aus dem Gebiete der Zivilverwaltung für Russisch-Polen“ beschäftigen zu dürfen.⁴¹ Der Antrag wurde bewilligt. In der folgenden

³⁷ Zit. nach: Heid, „Mehr Intelligenz“, a.a.O., S. 341.

³⁸ Zit. nach: Ebd., S. 342.

³⁹ Eschelbacher, Ostjüdische Proletarier in Deutschland, a.a.O., S. 513 u. 516.

⁴⁰ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (im folgenden HSTAD), RD 15045, Nr.1, Schreiben der Polizeiverwaltung Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 21.6.1915.

⁴¹ HSTAD, RD 15057, Nr. 1, Schreiben der Firma Friedrich Krupp an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 7.6.1915.

Zeit sorgte die Firma gemeinsam mit dem stellvertretenden Generalkommando des VII. Armeekorps für die Entwicklung und Durchsetzung von Richtlinien zur Behandlung der Einwanderer, in denen zwischen Kriegsgefangenen, Zivilgefangenen und beschäftigten Arbeitern nicht mehr unterschieden wurde. Sie alle galten als „feindliche Ausländer“, die unter Androhung schwerer Strafen ihre Baracken nur ausnahmsweise verlassen durften. Die Überwachung der Arbeiter oblag den Firmen selbst. Über die Art und Weise, wie mit ihnen umzugehen sei, waren sich Behörden und Betriebe einig: „Eine Kasernierung ist für die russischen Arbeiter in der Regel dringend erwünscht.“ Nach aller Erfahrung fühlten diese sich „überhaupt nicht wohl, wenn sie sich nicht dauernd unter Überwachung wissen.“⁴² Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr teilte diese Einschätzung: „Eine allgemeine Kasernierung wäre die zweckmäßigste Form der Unterbringung.“⁴³

Nachdem sich die getroffenen Maßnahmen sowohl auf die Motivation und Leistungsfähigkeit der Düsseldorfer Ostjuden als auch auf die Bereitschaft der in Russisch-Polen Verbliebenen, sich durch die „Deutsche Arbeiterzentrale“ anwerben zu lassen, nachteilig ausgewirkt hatten, beschloss die zuständige Militärverwaltung, den harten Kurs gegenüber den Einwanderern abzumildern. Sie rief die Arbeitgeber auf, den „Arbeitern den Aufenthalt so zu gestalten, dass ein Anreiz auf den Zuzug ausgeübt wird und dass sie sich in den Betrieben wohl fühlen. Es wird sich, um das zu erreichen, vielleicht empfehlen, manche an sich wünschenswerte [sic!] Sicherheitsmaßregeln einzuschränken oder unter Umständen ganz außer Acht zu lassen.“⁴⁴ Die Lebensbedingungen der Ostjuden verbesserten sich in der folgenden Zeit jedoch kaum. Die weiterhin bestehende Rechtlosigkeit bewirkte gesteigerte Unzufriedenheit und teilweise sogar Widerstand. Der Düsseldorfer Regierungspräsident sah sich dadurch gezwungen, abermals an die „empfindlichen Freiheitsstrafen“ zu erinnern, die ihnen bei Sabotage oder Ungehorsam in kriegswichtigen Betrieben drohten. Es fehle ihnen außerdem das Gespür für ihre glückliche Lage: „Während der russische Staat seine eigenen Staatsangehörigen (...) nach Sibirien verschickt, hat das deutsche Reich es euch erlaubt, trotzdem ihr Angehörige eines feindlichen Staates seid, die Vorzüge seines geordneten Staatswesens noch während des Krieges zu genießen.“⁴⁵ Offener Antisemitismus findet sich in der internen Korrespondenz der Behörden selten. Für sie stellten die Ostjuden lediglich eine beliebige Gruppe ausländischer Arbeiter dar, die insgesamt speziellen Vorschriften unterworfen waren. Die äußereren Lebensumstände belgischer oder italienischer Arbeiter waren mit denen jüdischer Immigranten durchaus vergleichbar. Auch sie wurden in Lagern streng beaufsichtigt. Ämter und Arbeitgeber pflegten nicht-deutsche Arbeiter als Produktionsmittel und Rohstoffe zu betrachten, die man nach dem Ausbleiben des Blitzsieges seit 1915 verstärkt zu importieren versuchte. Im direkten Kontakt mit den Ostjuden verhielten sich die Behörden allerdings ausgesprochen überheblich und reagierten ungehalten, wenn sie Ansprüche stellten. Für das Bedürfnis der orthodoxen Juden, „ihre Mahlzeiten rituellen Vorschriften anzupassen“ und die Weigerung, „gewisse hier übliche Speisen zu sich zu

⁴² HSTAD, RD 15057, Nr. 80, Schreiben des Düsseldorfer Landrates an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 21.10.1915.

⁴³ Zit. nach: Sparing, Ostjuden in Düsseldorf. Vom Beginn der Immigration, a.a.O., S. 194.

⁴⁴ HSTAD, RD 15057, Nr. 71, Schreiben des Stellvertretenden Generalkommandos des 7. Armeekorps vom 5.10.1915.

⁴⁵ Zit. nach: Heid, „Mehr Intelligenz“, a.a.O., S. 345.

nehmen“⁴⁶ hatte man kein Verständnis und sah darin einen Hungerstreik, dem die Absicht zugrunde lag, sich schwerer Arbeit zu entziehen.

Die Beziehung großer Teile der einheimischen zur ausländischen Bevölkerung war insgesamt durch Geringsschätzung und Verachtung geprägt. Die Ostjuden standen in der Hierarchie der Arbeiter auf der untersten Stufe.⁴⁷ Freilich gab es auch die fremdenfeindlichen Stereotype des „kulturlosen Slawen“ und des „faulen Südeuropäers“, doch wogen die antisemitischen Bedrohungen besonders durch Arbeitskollegen und Ansässige ungleich schwerer. Max Eschelbacher war Augenzeuge dieser meistens latenten, zuweilen offen hervortretenden antijüdischen Feindseligkeiten. In seiner Baracke habe ein junger Jude „Tefillin [Gebetsriemen, M.W.] legen wollen, aber ein Pole habe sie ihm vom Kopf geschlagen.“⁴⁸ Der Essener Rabbiner Salomon Samuel berichtete von schweren Misshandlungen ostjüdischer Arbeiter und Bergleute durch ihre polnischen und deutschen Kollegen.⁴⁹ In weitaus höherem Maße als Angehörige anderer Nationen waren die Ostjuden in Düsseldorf und seiner Umgebung als soziale Gruppe vollständig marginalisiert.

Die Assimilierten fürchteten, vom Strudel der gesellschaftlichen Ächtung erfasst und mit den bedrängten Glaubensbrüdern identifiziert zu werden. Seit dem zweiten Kriegsjahr gab es dafür konkrete Anzeichen. Die Angst der Obrigkeit vor Spionage und Unterwanderung wurde in erster Linie auf die Juden projiziert. Einzelfälle wurden zum charakteristischen Merkmal einer ganzen Gruppe erklärt. Das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps mahnte den Regierungspräsidenten zur Wachsamkeit: „In letzter Zeit hat die Flucht von ausländischen (...) Arbeitern, insbesondere von russisch-polnischen, nach Holland einen derartigen Umfang angenommen, dass der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, dass feindliche Agenten die Hand im Spiele haben.“⁵⁰ Der Vorwurf, „die Juden“ machten gemeinsame Sache mit feindlichen Kräften und seien womöglich selber allesamt Agenten, gewann nicht nur in kleinbürgerlichen, sondern auch vormals liberalen Kreisen immer mehr Raum. Er verband drei Elemente, die den Nährboden des wachsenden Antisemitismus darstellten: das Problem der Ostjuden, der vermeintlich fragliche Anteil der Juden an der Kriegslast und ihre Einstellung zur deutschen Innen- und Außenpolitik.⁵¹ Der Vorwurf der Spionage machte es Antisemiten leicht, die Juden als Gesamtheit zu verdächtigen. Das rassistische Denken unterschied nicht nach nationaler oder kultureller Zugehörigkeit. In ihren Augen waren Ost- und Westjuden eine unzertrennliche Gemeinschaft und die Assimilierten lediglich geschickter getarnte Ostjuden. Der sich formierende Düsseldorfer Teil des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ versprach „die Beseitigung“ des jüdischen Einflusses und die „Rettung deutscher Kultur.“⁵²

Die antisemitische Bedrohung bewirkte keineswegs, dass sich sämtliche Düsseldorfer Juden von ihren osteuropäischen Glaubensgenossen abwandten. Die aktiven Gemeindemitglieder zögerten

⁴⁶ HSTAD, RD 15045, Nr. 1, Schreiben der Polizeiverwaltung Düsseldorf an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 21.6.1915.

⁴⁷ Vgl. Heid, Maloche, a.a.O., S. 379.

⁴⁸ Eschelbacher, Ostjüdische Proletarier, a.a.O., S. 516.

⁴⁹ Vgl. Heid, Maloche, a.a.O., S. 380.

⁵⁰ HSTAD, RD 15057, Nr. 275, Schreiben des stellvertretenden 7. Armeekorps an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 2.5.1917.

⁵¹ Vgl. Friedländer, a.a.O., S. 34

⁵² HSTAD, RD 15609, Nr. 88, Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, ohne Datum.

nicht, sich sozial zu engagieren. Der Anfang August 1914 gegründete „Kriegshilfeausschuss der Synagogengemeinde“ und der „Israelitische Frauenverein“, die sich zunächst hauptsächlich um die Hinterbliebenen jüdischer Frontkämpfer kümmern sollten, nahmen sich auch der ostjüdischen Immigranten an. Ihre Betreuung wurde in einer Repräsentantenversammlung vom August 1915 als eine der Hauptaufgaben der Gemeinde bezeichnet.⁵³ Die stark gefühlte Solidarität mit den Ostjuden führte dazu, dass viele begannen, erneut über ihr Judentum nachzudenken.⁵⁴ Es ist unzweifelhaft, dass das soziale Engagement der Gemeindemitglieder echter Verbundenheit und karitativer Verpflichtung entsprang, „so sehr man sich auch über die Natur des Verwandtschaftsgrades den Kopf zerbrechen möchte.“⁵⁵ Die Anteilnahme der Westjuden an den Problemen der Zuwanderer wurde schließlich auch von politischem Erfolg gekrönt. Durch die Zusammenarbeit mit dem „Sekretariat für ostjüdische Arbeiter“ und der Errichtung des „Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands“, das von einer Reihe jüdischer Vereine getragen wurde, erlangten die Immigranten nach Ansicht ihres mutigsten Interessenvertreters, des Sekretärs der zionistischen Weltorganisation, Julius Berger, den sozialen Schutz, „dessen sie, namentlich als ausländische Arbeiter unter dem Kriegsrecht, dringend bedürfen.“⁵⁶ Völlig rein von Eigeninteresse waren die Hilfsinitiativen dennoch nicht, auch wenn der humanitäre Gesichtspunkt im Vordergrund gestanden haben mag. Hier eine generelle Gewichtung vorzunehmen, ist nicht zulässig, allzu unterschiedlich dürften die Einschätzungen der Beteiligten gewesen sein. Den Aufzeichnungen Max Eschelbachers zufolge war neben der Absicht, den Ankömmlingen Unterkunft und Verpflegung zu verschaffen, ihre rasche „Weiterbeförderung“ ein wesentliches Ziel der humanitären Bemühungen.⁵⁷ Das galt vor allem für diejenigen, die seit 1918 in großer Zahl vor Pogromen aus Polen und der Ukraine flüchteten. Sie waren keine Arbeiter, sondern Vertriebene.⁵⁸ Die Gemeinden hatten ebenso wie die Behörden kein Interesse an der dauerhaften Niederlassung der Ostjuden. Nicht nur Vertreter eines deutsch-nationalen Judentums, sondern auch liberaler Gemeinden begrüßten daher die laut Julius Berger „rein antisemitisch zu wertende“ Entscheidung der preußischen Regierung, eine Einreisesperre für ostjüdische Einwanderer zu verhängen.⁵⁹ Bereits im September 1915 hatte das auch für Düsseldorf zuständige VII. Armeekorps in Münster den Zuzug von Ostjuden „wegen der schlechten Erfahrungen, die hier mit den aus Russisch-Polen eingeführten Juden gemacht [worden] sind“,⁶⁰ verboten. Diese Zustimmung gründete sich nicht nur auf die Furcht vor wachsendem Judenhass, sondern auch auf den Wunsch, eine religiöse Zersplitterung in den Gemeinden zu vermeiden. Fatalerweise entstand dadurch der Eindruck, dass die Gemeinde-repräsentanten die antisemitischen Vorurteile gegenüber den Ostjuden teilten, die sich im Erlass des preußischen Innenministeriums vom 23. April 1918 deutlich offenbarten: „Die ungelernten

⁵³ Max Eschelbacher, Die Synagogengemeinde Düsseldorf 1904 – 1929. Festschrift zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Synagoge, Düsseldorf 1929, S. 4.

⁵⁴ Aschheim, Brothers and Strangers, a.a.O., S. 152.

⁵⁵ Reichmann, a.a.O., S. 541.

⁵⁶ Julius Berger, Ostjüdische Arbeiter in Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 12, 1918, S. 472 – 479, hier: S. 477.

⁵⁷ Eschelbacher, Die Synagogengemeinde Düsseldorf, a.a.O., S. 5.

⁵⁸ Frank Sparing, Ostjuden in Düsseldorf, in: Aspekte jüdischen Lebens, a.a.O., S. 156 – 165, hier: S. 158.

⁵⁹ Zit. nach Adler-Rudel, a.a.O., S. 47.

⁶⁰ Zit. nach Sparing, Ostjuden in Düsseldorf. Vom Beginn der Immigration, a.a.O., S. 197.

jüdisch-polnischen Arbeiter (...) haben sich im allgemeinen als arbeitsunwillig, unsauber, moralisch unzuverlässig, ihre Arbeitsleistung als unzureichend erwiesen (...). Eine besondere Gefahr erwächst infolge ihrer nicht auszurottenden Unsauberkeit der Gesamtbevölkerung in gesundheitlicher Beziehung. Zum großen Teil verlaust, sind die jüdisch-polnischen Arbeiter besonders geeignete Träger und Verbreiter von Fleckfieber und anderen ansteckenden Krankheiten.“⁶¹

Fromme orthodoxe Juden hatte es in Düsseldorf schon vor 1914 gegeben, wenngleich die Mehrzahl der Einwanderer wenig religiös war. Unter den Flüchtlingen, die Deutschland 1918 erreichten, war der Anteil strenggläubiger Juden sehr viel größer. Ihr Erscheinen vertiefte die Konflikte zwischen liberalen und traditionsverhafteten Gemeindemitgliedern. In Düsseldorf gab es zwei Brennpunkte: die Frage nach dem richtigen religiösen Ritus und die Frage nach der Demokratisierung der Gemeinde. Beide hatten sich schon in der Vorkriegszeit abgezeichnet, waren aber unter der Leitung einflussreicher Honoratioren zum Teil durch geringfügige Zugeständnisse vertagt worden.

Bereits 1904 hatten sich die Ostjuden am Fürstenwall eine Betstätte eingerichtet, wo der Gottesdienst nicht nach dem üblichen, sondern nach chassidischem Ritus gehalten wurde. Während des Krieges entstanden noch weitere Betsäle, die durch die Einwanderung stark frequentiert wurden.⁶² Die Düsseldorfer Synagogengemeinde vermochte bis 1918 Abspaltungen durch Kompromisse und Subventionen zu verhindern. Erneut wurde der Bestand der Gemeinde allerdings durch den Streit um das Wahlrecht bedroht, der die Legitimation des Vorstandes, der sowohl als Verwaltungskörperschaft als auch als politische Repräsentanz tätig war, grundsätzlich in Frage stellte.

Schon in der Vorkriegszeit hatten vielerorts assimilierte Mitglieder in der ostjüdischen Einwanderung eine Bedrohung der religiösen und sozialen Einheit gesehen. Der Duisburger Vorstand hatte seit 1904 vor einer „Überfremdung“ durch die „Ausländer“ gewarnt, der Düsseldorfer Kaufmann Moritz Horn hatte in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz den Streit um das Wahlrecht als „Kampf des zugezogenen russisch-polnischen Teiles der Gemeinde-Mitglieder gegen die eingesessenen Kandidaten“ bezeichnet.⁶³ Die politisch konservativen Düsseldorfer Gemeindeführer hatten schon im Jahre 1911 versucht, sich durch eine Änderung der „Statuten des Synagogenbezirks Düsseldorf“ abzusichern, indem sie das passive Wahlrecht an die Reichsangehörigkeit banden. Diese Bestimmung, die deutlich im Widerspruch zu der bis dahin gültigen Fassung von 1901 stand, richtete sich in erster Linie gegen die Ostjuden, die um keinen Preis Teil des Vorstandes oder der Repräsentantenversammlung werden sollten. Noch im Jahre 1920 versuchten Mitglieder der Gemeindevertretung Zugezogene und „fluktuierende Elemente“ auszuschließen, indem sie eine drei Jahre währende Ansässigkeit für die Wahlbeteiligung zur Voraussetzung machten. Da dieser Vorstoß aber im Gegensatz zum „Gesetz über die Verhältnisse der Juden“ von 1847 stand, wurde es vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz nicht bestätigt.⁶⁴

Dem Widerstand der deutsch-jüdischen Honoratioren gegen die politische Partizipation an den Geschicken der Gemeinde lag nicht nur die Absicht zugrunde, den eigenen Einfluss zu bewah-

⁶¹ HSTAD, RD 15045, Nr. 20, Erlaß des preußischen Innenministeriums vom 23.4.1918.

⁶² Vgl. Hüttnerberger, a.a.O., S. 301.

⁶³ Zit. nach: Späring, Ostjuden, a.a.O., S. 162.

⁶⁴ Vgl. Eschelbacher, Festschrift, a.a.O., S. 14.

ren. Ihre Sorge galt dem kulturellen Zusammenhalt. In der Erscheinung der Ostjuden sahen sie die Pervertierung ihres eigenen Lebenslaufes. Das Auftauchen der „Gettojuden“, die Rückkehr der urgroßväterlichen Welt war in ihren Augen ein genealogischer Skandal, „die Negation geradezu des Sinnes der Geschichte.“⁶⁵ Seit der Repräsentantenwahl vom September 1921 und dem Streit um das passive Wahlrecht für Ausländer war die Gemeinde endgültig in das Lager der „Jüdisch-Demokratischen Vereinigung“, die vor allem ostjüdische und zionistische Interessen vertrat, und die Liste des „Liberalen Wahlausschusses“ gespalten, der nicht zögerte, die Karte der Fremdenfeindlichkeit zu spielen: „Wem deutsches Judentum Herzenssache ist, wem Heimat, Muttersprache, Bildung und Gesittung unantastbare Seelenschätze sind, muss sich solchen Forderungen widersetzen. Gewinnen Unduldsamkeit und Ausländertum die Oberhand, dann wird die Gemeinde auseinander fallen.“⁶⁶

Ein Kompromiss in der Frage der Ansässigkeitsdauer und des passiven Wahlrechts für Ausländer konnte erst 1925 gefunden werden. Wer sich zur Wahl stellte, musste mindestens zehn Jahre lang Mitglied einer deutschen und zwei Jahre Mitglied der Düsseldorfer Gemeinde sein. Die Zusammensetzung der Gemeinde hatte sich stark verändert. Der Einfluss der Zionisten war nach 1918 zu einem wichtigen Faktor im politischen Kräftespiel geworden,⁶⁷ und die Immigranten vertraten durch die Düsseldorfer Ortsgruppe des „Verbandes der Ostjuden in Deutschland“ „insbesondere [ihre] sozialen und kulturellen Interessen.“⁶⁸ Die religiöse Zersplitterung nahm weiter zu, nachdem sich von der 1904 gegründeten „Israelitischen Religionsgemeinschaft“ der streng orthodoxe „Altisraelitische Synagogenverein Adass Jisroel“ abgespalten hatte, der über einen eigenen Rabbiner und selbstständigen Vorstand verfügte.⁶⁹ Weniger als jemals zuvor bildete die Düsseldorfer Gemeinde in Zeiten der politischen Radikalisierung eine organische Einheit. Der von den Kriegsfolgen – Revolution, Wirtschaftskrise, Generalstreik, Belagerungszustand und Besetzung – beflügelte Antisemitismus traf in Düsseldorf auf eine zerstörte Gemeinde, deren alte Elite politisch weitgehend orientierungslos geworden war und deren neue Vertreter noch kein wirksames Gegenmittel gefunden hatten. Selbstbewusstes Auftreten, wie es der Dortmunder Rabbiner Benno Jacob empfahl, der angesichts der brisanten politischen Lage mit dem Schlimmsten rechnete, blieb zunächst die Ausnahme: „An allem Unglück sollen die Juden schuld sein, alle Erbitterung und Wut soll auf ihre Häupter entladen werden, und als letztes Ziel winken Pogrome nach russischem und polnischem Vorbilde – ‚Schlagt die Juden tot!‘ (...) Dagegen dürfen wir nicht gleichgültig sein. Selbstachtung und Selbsterhaltung verlangen gebieterisch, dass wir uns gegen unsere Feinde zur Wehr setzen (...).“⁷⁰

⁶⁵ Stéphane Mosès, *Der Engel der Geschichte*. Franz Rosenzweig, Walter Benjamin, Gershom Scholem, Frankfurt am Main 1992, S. 190.

⁶⁶ Eschelbacher, *Festschrift*, a.a.O., S. 15.

⁶⁷ Vgl. Kerstin Griese, *Die zionistische Bewegung in Düsseldorf. Von einer aktiven Minderheit zur wichtigsten Auswanderungsinstanz*, in: *Aspekte jüdischen Lebens*, a.a.O., S. 142–155, hier: S. 144.

⁶⁸ HSTAD, RD 15835, Nr. 2, Statuten der Vereinigung der Ostjuden, Abschrift.

⁶⁹ Hüttenberger, a.a.O., S. 301.

⁷⁰ Benno Jacob, *Krieg, Revolution und Judentum*, in: *Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift*, Frankfurt am Main 1962, S. 93–109, hier: S. 93f.

Unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch mussten die deutschen Juden auf die antisemitische Unterstellung reagieren, sie seien für Niederlage und Novemberrevolution verantwortlich. Dabei verhielten sie sich ihrer heterogenen Zusammensetzung gemäß unterschiedlich. Die Orthodoxen begrüßten zwar die bevorstehende Trennung von Kirche und Staat, mahnten aber namentlich die ostjüdischen Glaubensgenossen zur Zurückhaltung, um den Judenfeinden keinen Vorwand zu liefern: „Der Vätertradition entspricht es, dass Juden in solcher Zeit strengste Zurückhaltung wahren.“⁷¹ Dieser defensiven Einstellung widersprach das in Köln erscheinende „Israelitische Gemeindeblatt“, das in reger politischer Anteilnahme die beste Prävention sah. Der gebildete jüdische Mittelstand solle sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, um zu verhindern, dass „die Schreier und Extremen von rechts und links (...) das Staats Schiff in ihr Schlepptau (...) nehmen.“⁷² Auch die zionistischen Verbände empfahlen aktive Beteiligung. Ihre Organisationen wurden durch den wachsenden Antisemitismus vorübergehend gestärkt, auch wenn ihnen die Assimilierten wie in Düsseldorf energisch entgegneten.⁷³ Viele Juden, gleichgültig, welcher Richtung sie angehörten, wurden sich während der Revolutionszeit bewusst, dass der verbreitete Antisemitismus sich nicht gegen Teilespektre oder gewisse Gruppierungen des Judentums richtete, sondern gegen alles Jüdische.⁷⁴

Diese Tendenz wurde durch die politische Polarisierung und den Kampf der Parteien verstärkt. Nach dem Zusammenbruch der „Liberalen Vereinigung“ formierte sich unter der Führung Arthur Schlossmanns die „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP). Im Hinblick auf die Frage, wie sich die Wahrnehmung der Düsseldorfer Juden durch das nicht-jüdische Umfeld gewandelt hat, ist die Auswertung von Kommentaren konkurrierender Parteien wie der „Deutschen Volkspartei“ (DVP) und der „Deutsch-nationalen Volkspartei“ (DNVP) sowie der ihnen nahe stehenden Presse aufschlussreich. Die DVP wurde zum Sammelbecken des vormals nationalliberalen Mittelstandes, aber auch einflussreicher Großindustrieller.⁷⁵ Sie propagierte angesichts der Niederlage und ihrer Konsequenzen den „nationalen Gedanken“ und die „Zurückweisung internationaler Bestrebungen, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln.“⁷⁶ Die DNVP scharte vor allem ehemalige Angehörige der Deutschkonservativen und Freikonservativen Partei, der Christlich-Sozialen und der Deutschnationalen Volkspartei um sich, unterstützt von kleineren antisemitischen Gruppen, dem evangelisch-nationalen Flügel der Gewerkschaften und dem Handlungsgehilfenverband. Beide Parteien konnten im politischen Leben der Stadt schnell Fuß fassen, sie machten besonders zu Wahlkampfzeiten durch ihre Polemik gegen die „Deutschen Demokraten“ den Antisemitismus zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Agitation.⁷⁷ Die DDP wollte sich aus dem antisemitischen Würgegriff befreien und den Ruf der „Judenpartei“ abschütteln. Die Juden versuchten ihr dabei aus eigenem strategischen Interesse zu helfen, indem sie eine allzu große politische Nähe leugneten. Der Düsseldorfer „Centralverein deut-

⁷¹ Zit. nach: Werner T. Angress, Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, a.a.O., S. 137–315, hier: S. 148.

⁷² Israelitisches Gemeindeblatt, 22.11.1918, S. 2.

⁷³ Vgl. Griese, a.a.O., S. 143.

⁷⁴ Vgl. Moshe Zimmermann, a.a.O., S. 9.

⁷⁵ Vgl. Horst Romeyk, Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918–1933, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Bd. 39, 1975, S. 189–236, S. 221.

⁷⁶ Zit. nach: Hüttenberger, a.a.O., S. 306.

⁷⁷ Gisbert Jörg Gemein, Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, phil. Diss., Köln 1969, S. 13.

scher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ stellte fest, es gebe keine natürliche Affinität zu den „Deutschen Demokraten“, wohl aber zu allen Parteien, die den Antisemitismus ablehnten.⁷⁸ Die DDP blieb die politische Heimat der Juden, deren Mitgliederanteil unter den Reichstagsabgeordneten bis Ende der 20er-Jahre auf 20 Prozent stieg. Die Verflechtungen mit jüdischen Vereinen und der Aufstieg von Juden in exponierte Stellungen machten die Partei in den Augen ihrer Gegner zum Instrument der „Erfüllungspolitiker“ wie Rathenau. In Düsseldorf, wo der Konkurrenzkampf der genannten Parteien besonders heftig war, galt sie schnell als Interessenvertretung des „Wucher- und Schiebertums.“⁷⁹ Die Düsseldorfer Parteienlandschaft teilte sich nicht wie sonst im Reich in drei Lager, die Linke (USPD/ KPD), die Mitte (SPD, DDP, Zentrum) und die Rechte (DVP/ DNVP), sondern nur in eine bis 1919 außerordentlich starke revolutionäre Linke und eine antidemokratische, antirepublikanische und antisemitische Rechte. Die DDP war aufgrund ihrer unglücklichen Mittellage in Ermangelung eines starken Partners bereits 1920 isoliert.⁸⁰

Die politische Radikalisierung wird durch den Wandel der „Düsseldorfer Zeitung“ offensichtlich, die in der Vorkriegszeit eines der wichtigsten liberalen Blätter war und nach der Übernahme durch den Verleger Heinrich Droste DVP und DNVP unterstützte. Seitdem fiel sie durch deutschvölkische und antisemitische Kommentare auf.⁸¹ Sie widmete sich regelmäßig den Debatten um den jüdischen Anteil zum deutschen Zusammenbruch und den Beitrag der Juden an der Revolution, der, abgesehen vom Engagement Rosi Wolfsteins, die 1918/19 dem lokalen Arbeiter- und Soldatenrat angehörte, in Düsseldorf ausgesprochen gering war.⁸² Nicht nur die Düsseldorfer antisemitische Presse, sondern auch zahlreiche weitere Publikationen im Reich wollten in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, die „Verjudung“ der deutschen Politik sei in ungeahntem Maße fortgeschritten und solle von einflussreichen jüdischen Persönlichkeiten vorangetrieben werden. Auch die „Düsseldorfer Zeitung“ nährte diese Verschwörungstheorie, die von geheimen Verbindungen zwischen Politik und „Weltjudentum“ ausging. Sie druckte im November zahlreiche antijüdische Anspielungen ab, darunter die Spekulationen auswärtiger Blätter über die Herkunft des bayerischen Ministerpräsidenten: „Von Kurt Eisner behauptet der Miesbacher Anzeiger, er heiße mit richtigem Namen Salomon Kusnowski.“ Sein politisches Wirken sei „unerträglich für alle, denen das Heil des Vaterlandes am Herzen liege.“⁸³

Das antisemitische Ressentiment, das sich während des Krieges vor allem im Umgang mit den ostjüdischen Arbeitern entladen hatte, bezog sich nun endgültig auch auf die bürgerlich Assimilierten. Im Hinblick auf die „Deutschen Demokraten“ schrieb die „DZ“: „Es ist gut, dass [die DDP] das Wort ‚deutsch‘ wenigstens in ihrem Firmenschild führt, – man könnte es sonst allzu leicht vergessen, dass sie vor Gott und unserem Volke die Verpflichtung hat,

⁷⁸ Anthony Kauders, German Politics and the Jews. Düsseldorf and Nuremberg 1910–1933, Oxford 1996, S. 75.

⁷⁹ Düsseldorfer Zeitung, 3.6.1920, S. 3.

⁸⁰ Vgl. Hüttenberger, S. 318.

⁸¹ Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil 3, Berlin 1972, S. 174.

⁸² Stephan Lipski, Der Arbeiter- und Soldatenrat in Düsseldorf. Zwischen den Novemberereignissen und dem Zweiten Rätekongress, November 1918 bis April 1919.

⁸³ Vom politischen Organ zur wirtschaftlichen Interessenvertretung, phil. Diss., Düsseldorf 1978, S.11.

⁸³ Düsseldorfer Zeitung, 30. 11. 1918, S. 1.

für deutsche Gesinnung und deutsche Kultur einzutreten.“⁸⁴ Die Partei lasse sich vom „Berliner Tageblatt“ die Richtlinien ihrer Politik vorschreiben. Dessen Leiter Theodor Wolff galt den Antisemiten gemeinsam mit Rathenau und Eisner ungeachtet ihrer ideologischen Differenzen als Speerspitze der jüdischen Unterwanderung.⁸⁵ Die tief sitzende Revolutionsfurcht und die Suche nach einem Schuldigen für den unbegreiflichen Niedergang der deutschen Herrlichkeit schufen das Bild vom verschwörerischen Judentum, dessen bürgerliche oder proletarische Vertreter nichts anderes seien als bolschewistische Agenten. Die enorme emotionale Wirkungskraft dieser Behauptungen war stärker als alle rationalen Argumente, die zur Verteidigung der Juden vorgebracht werden konnten.⁸⁶ Die Elberfelder Zeitung „Die Wacht“ verbreitete diese antisemitischen Theorien im Kleinbürgertum der gesamten Region. Sie bediente die ehemalige Klientel der „Christlich-sozialen Partei“ und die in Düsseldorf besonders zahlreiche Anhängerschaft der christlichen Gewerkschaften: „Die jüdische Presseherrschaft hat es geradezu unmöglich gemacht, das deutsche Volk über die Natur der es bedrohenden furchtbaren Gefahren, besonders über das Wesen des so genannten Bolschewismus (Kommunismus) aufzuklären.“⁸⁷ Bei der Suche nach einer Lösung der „Judenfrage“ ließ sie sich von Entwicklungen im Ausland inspirieren. Der gegenrevolutionäre „Weiße Terror“, der sich zur selben Zeit in bislang unbekannter Heftigkeit gegen die Juden Ungarns richtete, erschien der „Wacht“ als möglicher Ansatz: „Schaffen wir uns, wie in Ungarn, einen christlich-nationalen und sozialen Reichstag, so ist die Stunde der Erlösung da.“ Die Furcht vor einem bolschewistisch-jüdischen Komplott beschränkte sich keineswegs nur auf eine kleinbürgerliche Leserschaft. Die Behörden, die sich bereits während des Krieges für derlei unbestimmte Ängste ausgesprochen anfällig gezeigt hatten, teilten das Unbehagen der „Wacht“. Der Oberpräsident der Rheinprovinz beobachtete aufmerksam alle vermeintlich konspirativen Tätigkeiten der „Poale Zion“, die ein Bindeglied zwischen Bolschewismus und „Weltjudentum“ sein mochte. Er wies den Regierungspräsidenten an, seinen Bezirk genau überwachen zu lassen.⁸⁸ Der Elberfelder Stadtverordnete Friedrich Wiegershaus, der es übernahm, seine Düsseldorfer Leserschaft mit den „Protokollen der Weisen von Zion“ bekannt zu machen, erklärte in einem Beitrag für die „Wacht“, worum es in der zukünftigen Lokalpolitik gehen müsse. Die jüdische Unterwanderung der deutschen Gesellschaft sei bereits eine Tatsache, der Krieg habe diese Entwicklung beschleunigt: „Der Aufstieg Judas und der Niedergang Deutschlands haben sich keineswegs plötzlich, (...) sondern allmählich, viele Jahrzehnte folgerichtig vollzogen.“⁸⁹ Er plädierte offen für eine rassistische Politik, die die Beseitigung der Juden aus der Öffentlichkeit bewirken solle, was physische Vernichtung stillschweigend einschloss. „Die Zeiten müssen endgültig vorbei sein, in welchen uns der Jude mit ‚Humanität‘ und ‚Zivilisation‘ verwirren konnte.“ Eine konsequente Rassentrennung sei der notwendige Auftakt: „Daher weg mit aller

⁸⁴ Düsseldorfer Zeitung, 3.6.1920, S. 3.

⁸⁵ Vgl. Kauders, a.a.O., S. 85.

⁸⁶ Angress, a.a.O., S. 156.

⁸⁷ Die Wacht, 17.4.1920, S. 2.

⁸⁸ Vgl. HSTAD, RD 15667, Nr. 1, Schreiben des Oberpräsidenten in Münster an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 6.4.1921.

⁸⁹ Die Wacht, 30.10.1920, S. 6.

Vermanschung und Verpanschung. Blut zu Blut!“ Jeder sei aufgerufen, an dieser „schweren Arbeit“ teilzunehmen, „denn das Judentum hat sich überall egelartig festgesogen.“⁹⁰ Eine Ideologie, die den Juden ihre Humanität vorwarf und ihr ein barbarisches Ariertum entgegenstellte, war die unverkennbare Zurücknahme der Aufklärung und der Widerruf der deutsch-jüdischen Symbiose. In den Kreisen politischer Extremisten kursierten wie in vielen anderen Städten antisemitische Flugschriften. Sie verbreiteten eine Verschwörungstheorie, der zufolge das Judentum paradoixerweise die Phalanx eines hemmungslosen Kapitalismus und zugleich eines revolutionären Bolschewismus sei. Solche Hetzschriften aus dem Düsseldorf der 20er Jahre sind aufschlussreiche Projektionen eigener unkontrollierter Aggressionen, Minderwertigkeitsgefühle und Machtfantasien. Das Blatt „Juden und Bolschewismus“ ist ein gefälschtes, vorgeblich jüdisches Dokument, mit dessen Hilfe die drohende Weltverschwörung bewiesen werden sollte: „Kinder Israels! (...) Jene Stellen, vor denen wir früher gedemütigt standen, sind jetzt unter dem Druck der von uns zusammengeschweißten Volkskräfte zusammengebrochen. Wir müssen aber trotzdem vorsichtig sein, weil wir sicher und unbehindert auf dem Wege der Zerstörung der fremden Altäre und Throne weiterschreiten müssen.“⁹¹ Im Sinne einer psychoanalytischen Spiegelung gaben Antisemiten hier vor allem Auskunft über sich selbst. Die Theorie einer jüdischen Konspiration, die weite Teile der nicht-jüdischen Öffentlichkeit in abgeschwächter Form erreichte, wurde auf der Grundlage einer traumatischen Kriegsniederlage zu einem prägenden Element der deutsch-jüdischen Beziehungen. Was zuvor lediglich an den ostjüdischen Immigranten erprobt worden war, wurde nun zumindest von einer radikalen Minderheit auch auf die jüdischen Bürger bezogen. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen stellen in dieser Hinsicht einen Dammbruch dar.⁹² Die Juden reagierten darauf mit einem Bewusstseinswandel, der durchaus unterschiedliche Formen annehmen konnte. Auch in Düsseldorf entwickelten sich zwei gegenläufige Tendenzen: verstärkte Assimilation und Hinwendung zum Judentum. Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit, besonders dem „furchtbaren Jahr 1919“, die Zahl der Gemeindeaustritte deutlich zunahm,⁹³ stieg die Mitgliederzahl in zionistischen Vereinen. Der Antisemitismus zeigte hier seine doppelte Wirkung, indem er die jüdische Identität der einen schwächte und zugleich die der anderen stärkte.⁹⁴ Wer versuchte, den Feindseligkeiten durch Assimilation zu entkommen, musste zuweilen mit noch größerer Gegnerschaft rechnen, was wiederum zu einem gesteigerten Bewusstsein des eigenen Judentums führen konnte. Wer die Hinwendung zum Judentum in seiner politisierten Form wählte, also zum Zionismus neigte, trug sein Judentum selbstbewusst zur Schau, doch war auch diese Offenheit nichts anderes als eine präventive Verteidigungsstrategie, die die Trennung von Nicht-Juden und Juden nur vertiefte.⁹⁵ Der Krieg und seine Auswirkungen führten – freilich nicht zwangsläufig, sondern durch das Zusammentreffen einer Reihe von Faktoren – zu einer Zersplitterung des jüdischen Lebens und zu einer Erschütterung des deutsch-jüdischen Verhälts-

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ HSTAD, RD 16778, Nr. 14, Antisemitische Flugschrift „Juden und Bolschewismus“, ohne Datum.

⁹² Vgl. Kauders, a.a.O., S. 88.

⁹³ Vgl. Eschelbacher, Festschrift, a.a.O., S. 6.

⁹⁴ Vgl. Meyer, a.a.O., S. 48.

⁹⁵ Vgl. Rieker, Zimmermann, a.a.O., S. 211.

nisses. Noch sah sich allerdings niemand gezwungen, sich für oder gegen sein Judentum auszusprechen, niemand musste die Grundlagen seiner bürgerlichen Existenz in Zweifel ziehen. Der Düsseldorfer Oberrabbiner schrieb 1929 rückblickend: „Das alles liegt hinter uns wie ein böser Spuk. Das Einvernehmen mit der nicht-jüdischen Bevölkerung ist immer gut geblieben. Vereinzelte antisemitische Angriffe haben hieran nichts geändert.“⁹⁶ Der aufmerksame Beobachter und gründliche Kenner der politischen Landschaft im Rheinland Max Eschelbacher täuschte sich über den wahren Charakter des Spuks, dessen Auswirkungen das Düsseldorfer jüdische Leben in den folgenden Jahren maßgeblich beeinflussen sollten.

⁹⁶ Eschelbacher, Festschrift, a.a.O., S. 8.